

NIEDERSCHRIFT

über die 23. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom:	13.06.2001
von:	16.00 Uhr
bis:	20.00 Uhr
Ort:	Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Haupt- und Finanzausschuss:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender
Stv Bertelmann, Hans-Günter - für Stv Siebel, Helmut
Stv Boller, Joachim
Stv Dreisbach, Jürgen
Stv Elter, Uwe
Stv Fries, Traute
Stv Dr. Holzäpfel, Heinz
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Stv Köhl, Siegfried
Stv Moll, Ilona
Stv Mues, Gunter
Stv Mues, Steffen - für Stv Schulte, Werner
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang

II. Beratende Mitglieder:

Stv Walter, Klaus-Volker

III. Auf Grund besonderer Einladung:

Herr Müller - PML-Netdesign GmbH - zu TOP 3 nÖT
Herr Aspelmeier - Uni Siegen - zu TOP 3 nÖT

IV. Vom Personalrat:

VA Vogt

V. Von der Verwaltung:

StBR Brune
Städt. VD Lehmann
Städt. OVR Weber
Städt. OVR Schmidt
Städt. OVR Düber
Dipl.-Ing. Weidt
StAR Schneider
Dipl.-Ing. Schlenther
Städt. VR Dorsch
Gleichstellungsbeauftragte Dellori
StOI Langenbach
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Schulte, Werner
Stv Siebel, Helmut

Zur Tagesordnung:

Die Ausschussmitglieder sind einverstanden mit der Erweiterung des öffentlichen Teil um die nachgereichten Punkte 22 und 23 sowie des nichtöffentlichen Teils um die Punkte 9.2 und 10.

Punkt 8 des nichtöffentlichen Teils wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Herr Walter ändert den Antrag der F.D.P.-Fraktion, TOP 18 - Verkehrsentwicklungs-plan - abzusetzen dahingehend ab, dass die Beratung als 1. Lesung erfolgen sollte.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG**1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (CDU)**

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Rothenpieler bestimmt.

23. HFA 13.06.2001

2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 25.04. und 16.05.2001

Die Niederschriften werden bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

23. HFA 13.06.2001

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

23. HFA 13.06.2001

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

23. HFA 13.06.2001

5. „Wohnbauflächenkonzept“ der Stadt Siegen;

hier:

Auf § 31 GO NW wird hingewiesen

Vorlagennr. 1186/01 - Vorlage vom 25.05.2001

Für die CDU-Fraktion formuliert Herr G. Mues folgende Anträge:

1. Die generelle Einführung einer Flächenobergrenze von 400 qm pro WE auch für Teilflächen innerhalb der Bebauungspläne wird abgelehnt.
2. Das geplante Wohngebiet Giersberg-Ost (Nr. 14.1) genießt bei allen Planungen und vorgesehenen Erschließungsmaßnahmen oberste Priorität. Verzögerungen jeglicher Art sind zu vermeiden, evtl. Einsprüche, gesetzliche Auflagen etc sofort zu bearbeiten mit dem Ziel, das im Flächennutzungsplan dargestellte Wohngebiet von 27,5 ha zu erhalten.
3. Für den Bereich Wellersberg (Nr. 13.1 bis 13.3) wird umgehend ein umfassendes Nutzungskonzept erarbeitet.

4. Aus dem unter 3. genannten Nutzungskonzept ist vorrangig die Teilfläche 1 (Nr. 13.1.1) konkret zu beplanen und zu erschließen, dabei ist eine zweite Anbindung des Wellersberges z. B. über das Charlottental in die Planung und Erschließung einzubeziehen.
5. Die kleineren Baugebiete in den dörflich strukturierten Stadtteilen sind möglichst in die kurz- und mittelfristigen Prioritätsstufen (bis 5 Jahre) einzuordnen.

Darüber hinaus wird sich die CDU-Fraktion den Empfehlungen des Bauausschusses anschließen.

Herr Bertelmann hebt positiv hervor, dass nicht nur große Baugebiete sondern auch kleine Einheiten in das Konzept aufgenommen wurden. Auch die UWG-Fraktion ist der Meinung, dass eine Flächenbegrenzung auf 400 qm pro Wohneinheit nicht sinnvoll ist, da im Einzelfall vor Ort sehr unterschiedliche Voraussetzungen gegeben sein können. Zu lfd. Nr. 14.1 - Giersberg-Ost - bittet er um Auskunft zu Protokoll, wie sich aktuell die rechtliche Situation darstellt.

Herr Boller merkt an, dass die Bestandsaufnahme innerhalb des Konzeptes nicht konsequent fortgeführt wurde. Aussagen zum Bedarf an Single-Wohnungen und Wohnungen für große Familien, zur Schließung von Baulücken, zu Anträgen auf Änderung von Bebauungsplänen zur Erweiterung vorhandenen Wohnraums und zur Schaffung von Seniorenwohnungen werden nicht weiter verfolgt bzw. sind nicht vorhanden. Diese Faktoren sind jedoch bei einer Aussage zum Wohnraumbedarf nicht zu vernachlässigen und bieten ein großes Potenzial, ohne Freiflächen in Anspruch nehmen zu müssen.

Nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liegen die Prioritäten in der Nutzung des ehem. Kasernengeländes auf dem Wellersberg und der Brachflächen auf dem Fischbacherberg (ehem. Geschosswohnungen). Den Antrag der CDU-Fraktion zum Baugebiet Giersberg-Ost hält er zur Zeit nicht für beratungsreif, da zunächst Aussagen über das weitere Verfahren erforderlich sind. Die Forderung, die planerischen Voraussetzungen für die Realisierung kleinerer Baugebiete innerhalb der nächsten 5 Jahre zu schaffen ist seiner Meinung nach bei den vorhandenen personellen Kapazitäten nicht realistisch, zumal auch ein Defizit bei Planungen für Gewerbeflächen besteht. Auch die Finanzierung der städtischen Erschließungskostenanteile ist ein nicht zu vernachlässigender Faktor.

Die SPD-Fraktion begrüßt die Erstellung des Wohnbauflächenkonzeptes und schließt sich den Empfehlungen des Bauausschusses an, so Herr Kirchhöfer. Er betont, dass die Ausweisung von Bauland seit Jahren gefordert wird, auch um dem Abwanderungstrend zu begegnen. Unter finanziellen Gesichtspunkten ist zu bedenken, dass ein Bevölkerungsrückgang negative Auswirkungen auf die Schlüsselzuweisungen hat. Bei den weiteren Planungen sollten die Gesichtspunkte „Zersiedlung der Landschaft“ und „effektive Nutzung von Infrastruktureinrichtungen“ in die Überlegungen einfließen. Eine Flächenbegrenzung ist seines Erachtens sinnvoll. Andere Lösungen werden im Einzelfall auf Grund der topographischen Verhältnisse

zu entscheiden sein. Abschließend hält er fest, dass die SPD-Fraktion das Bebauungsplanverfahren „Giersberg-Ost“ weiterhin unterstützen wird. Ein entsprechender Beschluss ist jedoch entbehrlich, wenn das Verfahren fortgeführt wird.

Herr Brune merkt an, dass der Bebauungsplan „Giersberg-Ost“ weiter bearbeitet wird und zunächst die Stellungnahme der Unteren Landschaftsbehörde abzuwarten ist. Die Abwägung erfolgt anschließend im üblichen Verfahren.

Abstimmung über die Anträge der CDU-Fraktion:

Die generelle Einführung einer Flächenobergrenze von 400 qm pro WE auch für Teilflächen innerhalb der Bebauungspläne wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Gegenstimme)

Das geplante Wohngebiet Giersberg-Ost (Nr. 14.1) genießt bei allen Planungen und vorgesehenen Erschließungsmaßnahmen oberste Priorität. Verzögerungen jeglicher Art sind zu vermeiden und evtl. Einsprüche, gesetzliche Auflagen etc. sofort zu bearbeiten mit dem Ziel, das im Flächennutzungsplan dargestellte Wohngebiet von 27,5 ha zu erhalten.

◆ Unter Hinweis auf § 31 GO NW nehmen Herr Kirchhöfer und Herr Dr. Holzäpfel an der Abstimmung zu diesem Punkt nicht teil.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Gegenstimme)

Für den Bereich Wellersberg (Nr. 13.1 bis 13.3) wird umgehend ein umfassendes Nutzungskonzept erarbeitet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

Aus dem unter 3. genannten Nutzungskonzept ist vorrangig die Teilfläche 1 (Nr. 13.1.1) konkret zu beplanen und zu erschließen, dabei ist eine zweite Anbindung des Wellersberges z. B. über das Charlottental in die Planung und Erschließung einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung

Die kleineren Baugebiete in den dörflich strukturierten Stadtteilen sind möglichst in die kurz- und mittelfristigen Prioritätsstufen (bis 5 Jahre) einzuordnen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 2 Enthaltungen

Beschlussvorschlag (Verwaltungsvorlage mit Ergänzungen):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt das "Wohnbauflächenkonzept" als Grundlage für eine zukunfts- und zielgerichtete städtebauliche Entwicklung für die nächsten ca. 15 Jahre im Stadtgebiet Siegen mit dem Ziel einer nachhaltigen und kontinuierlichen Bereitstellung von Wohnbauland unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Bauausschusses vom 11.06.2001 und der o. g. Anträge der CDU-Fraktion.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimme Grüne), 0 Enthaltungen

23. HFA 13.06.2001

**Strukturmaßnahmen zur Verbesserung der Erwerbschancen von Frauen
Weiterförderung Kommunalstelle Frau und Beruf vom 01.01.2002 - 31.12.2003**

Vorlagenr. 1197/01 - Vorlage vom 26.04.2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, vorbehaltlich einer Förderzusage des Landes NRW, die Weiterförderung der seit Oktober 1990 bestehenden Kommunalstelle Frau und Beruf für die Zeit vom 01.01.2002 bis 31.12.2003 auf der Grundlage der Förderrichtlinien des Landes NRW zur regionalisierten Strukturpolitik.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

23. HFA 13.06.2001

**7. Neuorganisation der Stadtverwaltung Siegen;
Zweiter Sachstandsbericht zur Weiterentwicklung des Neuen Steuerungsmodells**

Vorlagenr. 1196/01 - Vorlage vom 29.05.2001

Herr Dr. Holzäpfel berichtet, dass der Fachausschuss dem Bericht mehrheitlich zugestimmt hat.

Herr Boller entgegnet, dass aus seiner Sicht eine Zustimmung nicht in Betracht kommt. Für ihn ist keine Weiterentwicklung, sondern eher ein Rückschritt zu verzeichnen. Daher ist die Bezeichnung nicht zutreffend. Auch die Festlegung, in den nächsten Monaten die Stellenbeschreibungen der Leitungsstellen zu aktualisieren, steht konträr zu den Höhergruppierungen in den vergangenen Monaten.

Auch Herr Kirchhöfer kann keine Weiterentwicklung feststellen und ist der Meinung, dass eine Rückkehr zu alten Strukturen vermieden werden sollte. Er hätte es begrüßt, wenn unter den unter Ziffer 3 beschriebenen Aufgaben der Personalbedarfsplanung ein höherer Stellenwert beigemessen würde.

- ◆ ◆ ◆ Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht zur Weiterentwicklung des Neuen Steuerungsmodells zur Kenntnis.

23. HFA 13.06.2001

8. Kündigung der Vereinbarung mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (jetzt ver.di) - Kreisverwaltung Siegen-Olpe - über den Schutz der Beschäftigten der Stadt Siegen bei der Einführung neuer Steuerungsmodelle sowie bei Struktur- bzw. Rationalisierungsmaßnahmen

Vorlagenr. 1198/01 - Vorlage vom 16.05.2001

Herr Dr. Holzäpfel berichtet, dass der Fachausschuss mehrheitlich den Abschluss von Haustarifverträgen für unzulässig hält und daher dem Verwaltungsvorschlag zugestimmt hat. Im Übrigen wurde argumentiert, dass die Rechte der Arbeitnehmer durch den BAT hinreichend abgesichert sind. Es ist auch darauf hinzuweisen, dass die Kündigung zur Fristwahrung erfolgt.

Herr Kirchhöfer bestreitet, dass es sich um einen Haustarifvertrag handelt und weist darauf hin, dass z. B. in der Stahlindustrie eine Vielzahl ähnlicher Regelungen getroffen wurden, die in schwierigen Zeiten zu einem positiven Arbeitsklima beigetragen haben. Für ihn ist nicht nachvollziehbar, dass der KAV bisher keine Kenntnis von der Vereinbarung hatte und nun plötzlich nach mehreren Jahren rechtliche Bedenken geltend gemacht werden. Die SPD-Fraktion wird der Kündigung nicht zustimmen.

Für Herrn Boller sind die Aussagen der CDU-Fraktion und der Verwaltung widersprüchlich. Nach Meinung der CDU-Fraktion sind die Regelungen durch den BAT abgedeckt, nach Aussage der Verwaltung beeinträchtigen diese den Handlungsspielraum erheblich. Eine wesentliche Entscheidungsgrundlage sind seines Erachtens jedoch Informationen,

welche konkreten Projekte in der Arbeitsgruppe Aufgabenkritik diskutiert werden. Daher ist die Reihenfolge des Vorgehens nicht schlüssig. Gleiches gilt für die widersprüchliche juristische Argumentation. Eine weitere Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt ist daher seines Erachtens unnötig.

Herr Bertelmann merkt an, dass er seinerzeit die Vereinbarung auf Grund der umfangreichen Regelungen des BAT und des LPVG als nicht unbedingt erforderlich erachtet hatte. Hauptkritikpunkt war jedoch, dass diese nur mit einer Gewerkschaft abgeschlossen wurde. Daher hat er gegen eine Kündigung keine Einwände.

Herr Lehmann informiert über die Stellungnahme des KAV und erläutert die Beweggründe der Verwaltung, die Kündigung der Vereinbarung vorzuschlagen.

Herr Walter sieht keine Benachteiligung der Beschäftigten bei einer Kündigung der Vereinbarung, jedoch die Problematik hinsichtlich der Reaktionsmöglichkeiten bei Veränderungen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Kündigung der am 28.08.1997 mit der Gewerkschaft ÖTV (jetzt ver.di) - Kreisverwaltung Siegen-Olpe - geschlossenen Vereinbarung über den Schutz der Beschäftigten der Stadt Siegen bei der Einführung neuer Steuerungsmodelle sowie bei Struktur- bzw. Rationalisierungsmaßnahmen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen SPD, Grüne),
0 Enthaltungen

23. HFA 13.06.2001

9. Mittelfristiger Ausbildungsstellenplan 2001 - 2006 (Fortschreibung)

Vorlagenr. 1199/01 - Vorlage vom 28.05.2001

Für Herrn Kirchhöfer ist die Reduzierung der Ausbildungsstellen im Verwaltungsbereich nachvollziehbar, nicht jedoch in gewerblich-technischen Berufen. Die Stadt Siegen sollte die Bemühungen der Landesregierung zur Aktivierung zusätzlicher Ausbildungsplätze unterstützen, zumal nach Abschluss der Ausbildung in der freien Wirtschaft in diesen Bereichen Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen.

Er beantragt getrennte Abstimmung über die Einstellungsraten im Jahr 2002 in den Berufen Vermessungstechniker/in, Gärtner/in, Fachangestellte für Medienbetriebe, Kfz-Mechaniker/in, Straßenbauer/in, Fachkraft für Veranstaltungstechnik und Informatik-Kaufmann/-Kaufrau.

Herr Bertelmann hält eine Reduzierung in Bereichen, wo keine Anschlussbeschäftigung absehbar ist, für sinnvoll. In Anbetracht der gesellschaftlichen und sozialen Verpflichtung der Kommune ist es jedoch nicht opportun, in allgemeinen Ausbildungsberufen weniger Plätze zur Verfügung zu stellen. Daher kann er der Vorlage

in der vorgelegten Form nicht zustimmen. Es ist seines Erachtens vielmehr erforderlich, im Ausbildungsberuf Informatik-Kaufmann/-Frau weiterhin zwei Stellen vorzusehen und darüber hinaus zwei weitere Stellen für Systemintegration einzurichten. Dies erhebt er zum Antrag.

Auch Herr Boller sieht eine soziale und gesellschaftliche Verantwortung der Stadt bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen. Das aufgezeigte Einsparpotenzial von rd. 1,5 Mio. DM ist seines Erachtens in dieser Größenordnung unrealistisch, da die wegfallenden Arbeitsleistungen an anderer Stelle erbracht werden müssen.

Herr Dr. Stötzel stellt heraus, dass neben der rein betriebswirtschaftlichen Betrachtung der volkswirtschaftliche Faktor einen erheblichen Stellenwert hat. Angesichts der langjährigen Forderungen auf Ermöglichung einer abgeschlossenen Ausbildung sollte die Stadt Siegen ein Signal setzen und nicht in Kauf nehmen, dass Jugendliche ohne Ausbildung in den Bereich der Sozialhilfe abgleiten.

Herr Walter stellt die Vorbildfunktion der Stadtverwaltung für die einheimischen Unternehmen heraus und sieht zusätzlichen Bedarf im Bereich Informatik und Systemintegration. Dieser sollte nicht reduziert werden.

Herr Mues erwidert, dass insbesondere in v. g. Berufe verwaltungsunabhängig ausgebildet werden und die Stadt darauf zurückgreifen kann. Auch vor dem Hintergrund der Weiterbeschäftigung nach Ausbildungsabschluss für ein Jahr hält er eine bedarfsorientierte Ausbildung für sinnvoll.

◆ ◆ ◆ Der Haupt- und Finanzausschuss lehnt mehrheitlich mit 5 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung den Geschäftsordnungsantrag auf getrennte Abstimmung zu einzelnen Positionen ab.

◆ ◆ ◆ Der Haupt- und Finanzausschuss lehnt mehrheitlich mit 6 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen Antrag auf Einrichtung von zwei zusätzlichen Ausbildungsstellen für den Bereich Systemintegration ab.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Fortschreibung des mittelfristigen Ausbildungsstellenplanes für den Zeitraum 2001 bis 2006.

Beratungsergebnis: 9 Stimmen dafür, 6 dagegen, 0 Enthaltungen

23. HFA 13.06.2001

10. Jahresrechnung der Stadt Siegen für das Haushaltsjahr 2000
- | | |
|---|----------------------------|
| 1. Kenntnisnahme des Jahresrechnungsergebnisses 2000 mit | Rechenschaftsbericht |
| 2. Kenntnisnahme und Zustimmung zu den restlichen über- und | außerplanmäßigen Ausgaben |
| 3. Überweisung der Jahresrechnung zur Prüfung an den | Rechnungsprüfungsausschuss |

Vorlagennr. 1189/01 - Vorlage vom 17.05.2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen

1. nimmt von dem Ergebnis der Jahresrechnung 2000 Kenntnis,
2. stimmt den restlichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushalts-jahres 2000 zu bzw. nimmt davon Kenntnis, und zwar

im Verwaltungshaushalt von	423.793,66 DM
im Vermögenshaushalt von	907.330,35 DM

3. überweist die Jahresrechnung zur Prüfung an den Rechnungsprüfungs-ausschuss.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

23. HFA 13.06.2001

11. Weisungsrecht des Rates der Stadt Siegen gegenüber Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH zur Sitzung am 26.06.2001
hier:
Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 01. Juli 2001
- Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW

Vorlagennr. 1192/01 - Vorlage vom 30.05.2001

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW, gegenüber den Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versor-

gungsbetriebe GmbH für die Sitzung am 26. Juni 2001 zum Tagesordnungspunkt 5 „Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 01. Juli 2001“ keine Weisung nach § 113 Abs. 1 GO NW zu erteilen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

23. HFA 13.06.2001

12. Währungsumstellung von DM auf EURO
1. Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Siegen vom 25.08.1998

Vorlagennr. 1208/01 - Vorlage vom 28.05.2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt auf Grund der Währungsumstellung von DM auf EURO zum 01.01.2002 die 1. Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Siegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

23. HFA 13.06.2001

13. Währungsumstellung von DM auf EURO mit Wirkung ab 01.01.2002 für die Siegerlandhalle, Stadthallen und Bürgerhäuser

Vorlagenr. 1146/01 - Vorlage vom 25.04.2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Währungsumstellung von DM auf EURO mit Wirkung ab 01.01.2002 für die Mietsätze, Gebühren und sonstigen Entgelt-regelungen des Institutes Siegerlandhalle wie in der Vorlage im Detail aufgeführt.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

23. HFA 13.06.2001

14. Neue Mitte Eiserfeld

Vorlagenr. 1204/01 - Vorlage vom 28.05.2001

Herr Brune erläutert anhand von Overhead-Folien die konzeptionellen Überlegungen zur Weiterentwicklung der Ortsmitte Eiserfeld unter den Gesichtspunkten

- ☞ Kaufkraftentwicklung und -bindung im C-Zentrum
- ☞ Umgestaltung des Verkehrsknotenpunktes Eiserfelder Straße/Freiengründer Straße/Siegtalstraße als Kreisverkehrsplatz
- ☞ Sanierung des Geschäftszentrums mit den Aspekten
 - Parkplatzangebot (300 - 400 ebenerdige Plätze)
 - mögliche Integration eines Bürgerhauses
 - Gestaltung des rückwärtigen Bereiches durch Wohnen und Landschaftsbau
- ☞ Kostenrahmen - geschätzt rd. 116 Mio. DM
- ☞ Fördermöglichkeiten (GVFG, Stadterneuerung, Beiträge, Stadtanteil)
- ☞ Schaffung von Planungsrecht
- ☞ Projektträgerschaft / Gründung einer Projektgesellschaft (GmbH)

Die CDU-Fraktion begrüßt die Verwaltungsvorlage, so Herr Dreisbach. Hervorzuheben ist insbesondere, dass die „Visionen“ zur Weiterentwicklung der Ortsmitte Eiserfeld in die konkreteren Überlegungen eingeflossen sind. Nachdem über viele Jahre hinweg verschiedenste Planungen und Konzepte entwickelt wurden, konnte nunmehr in einer Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aller gesellschaftlich relevanten Gruppe, Parteien, Einzelhandel und Bürgerinitiative eine Basis für die weiteren Schritte geschaffen werden. Er dankt allen Beteiligten für ihr Engagement.

Ergänzend zum Beschlussvorschlag der Verwaltung stellt die CDU-Fraktion folgenden

Antrag:

4. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - a) in den Haushalt 2002 die notwendigen Planungskosten für die äußere Erschließung einzustellen und
 - b) die zur Finanzierung der äußeren Erschließung erforderlichen Förderanträge noch für das Jahr 2002, spätestens jedoch für das Jahr 2003 zu stellen.

Herr Boller hält die Aussagen der Verwaltung für zu optimistisch und weist darauf hin, dass dieses Projekt in der Prioritätenliste für Stadterneuerungsmaßnahmen bisher nicht enthalten ist. Darüber hinaus liegen keine Aussagen zu konkreten Förderhöhen und zur Verwendung von Beträgen aus der Stellplatzrücklage vor. Zu

bedenken ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Möglichkeiten für Fördermittel nach GVFG nicht unbegrenzt sind. Er wird der Einstellung von Planungskosten nicht zustimmen und stellt namens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den

Antrag:

Die Prioritätenliste für Stadterneuerungsmaßnahmen wird überarbeitet und der Vorlage als Ergänzung beigelegt.

Herr Kirchhöfer sieht im derzeitigen Planungsstadium noch keine Grundlage für eine Diskussion über konkrete Förderhöhen und eine Einplanung im Städtebauförderungs- bzw. GVFG-Programm. Auch die Voraussetzungen zur Einstellung von Planungsmitteln für 2002 sind nicht gegeben. Die SPD-Fraktion spricht sich dafür aus, die aufgezeigten Punkte Zug um Zug abzuarbeiten und wird insofern dem Verwaltungsvorschlag zustimmen.

Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- a) in den Haushalt 2002 die notwendigen Planungskosten für die äußere Erschließung einzustellen und
- b) die zur Finanzierung der äußeren Erschließung erforderlichen Förderanträge noch für das Jahr 2002, spätestens jedoch für das Jahr 2003 zu stellen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dafür (6 Stimmen dagegen)

Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Prioritätenliste für Stadterneuerungsmaßnahmen wird überarbeitet und der Vorlage als Ergänzung beigelegt.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (1 Stimme dafür)

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt in seiner Eigenschaft als Planungsausschuss nach § 61 GO NW den Sachstandsbericht über die "Visionen" zur Neuen Mitte Eiserfeld zur Kenntnis.

Er beauftragt die Verwaltung,

1. die finanziellen Rahmenbedingungen unter besonderer Berücksichtigung der Refinanzierung zu konkretisieren,
2. den Entwurf für die Gründung einer Projektgesellschaft zur Beratung und Beschlussfassung zu erarbeiten,
3. die Eiserfelder Bürgerschaft über das Neuordnungskonzept zu unterrichten.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

23. HFA 13.06.2001

15. Übertragung der selbständigen Durchführung von Grenzregelungen gemäß §§ 80 ff. BauGB an den Umlegungsausschuss der Stadt Siegen

Vorlagenr. 1195/01 - Vorlage vom 16.05.2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dem Umlegungsausschuss die selbständige Durchführung von Grenzregelungen nach §§ 80 - 84 Baugesetzbuch (BauGB) zu übertragen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

23. HFA 13.06.2001

16. 1. Änderung (vereinfachte Änderung) des Bebauungsplanes Nr. 222 „Kohrweg“ im Stadtteil Kaan-Marienborn;

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Abwägung der Ergebnisse der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Bürger
- Beschluss der 1. Änderung (vereinfachte Änderung) des Bebauungsplanes Nr. 222 „Kohrweg“ als Satzung nebst Begründung

Vorlagenr. 1113/01 - Vorlage vom 11.04.2001

Herr Kirchhöfer sieht ausschließlich wirtschaftliche Interessen als Grund für die Änderung und wird sich daher der Stimme enthalten.

Herr Boller teilt die Einschätzung und bemängelt, dass durch solche Änderungen Planungskapazitäten gebunden werden, die an anderer Stelle dringend benötigt werden.

Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die beteiligten Träger öffentlicher Belange keine Einwände gegen die Bebauungsplanänderung erheben.
2. Die im Rahmen der Bürgerbeteiligung gemäß § 13 Nr. 3 vorgebrachten Anregungen zur Bebauungsplanänderung werden gemäß der als Anlage 1 zur Vorlage beigefügten Stellungnahmen 1 - 2 (Abwägung) behandelt. Die Anlage ist Bestandteil der Beschlussfassung.

3. Die 1. Änderung (vereinfachte Änderung) des Bebauungsplanes Nr. 222 "Kohrweg" (Anlage 2 der Vorlage) wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.
4. Die Begründung zur 1. Änderung (vereinfachte Änderung) des Bebauungsplanes Nr. 222 "Kohrweg" wird laut Anlage 3 zur Vorlage beschlossen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimme Grüne),
1 Enthaltung (SPD)

23. HFA 13.06.2001

17. I. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtteil Siegen-Mitte
II. Bebauungsplan Nr. 310 „Seilereiweg / Fludersbach“ im Stadtteil Siegen-Mitte

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Prüfung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen
- Beschluss der Flächennutzungsplanänderung
- Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung

Vorlagenr. 1173/01 - Vorlage vom 21.03.2001

Herr Boller kritisiert, dass die Planung ohne Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse und Entwicklungen betrieben und trotz der bekannten hohen Verkehrsbelastung keine entsprechenden Festsetzungen getroffen wurden. Er fordert den Ausschluss von asbestverarbeitenden Betrieben und Autowaschanlagen und den generellen Ausschluss von Einzelhandel.

Herr Kirchhöfer hält es für erforderlich, die Frage einer zweiten Verkehrsanbindung noch einmal aufzugreifen.

Beschlussvorschlag:

- 1.1 Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Nachbargemeinden und aus der Bürgerschaft zu den beiden Bauleitplanentwürfen keine Anregungen vorgebracht wurden.
- 1.2 Über die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen und Hinweise eines Trägers öffentlicher Belange zur den beiden Bauleitplanentwürfen wird wie folgt beschlossen:
 - 1.2.1 Den Anregungen des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND KG Siegen-Wittgenstein), die Fläche der ehemaligen Übergangswohnanlage Fludersbach nicht in ein Gewerbegebiet umzuwandeln, von weiterer Bebauung frei zu halten und Grünflächen in diesem Gebiet vorzusehen, wird nicht entsprochen.
- 1.3 Der Rat der Stadt Siegen beschließt
 - 1.3.1 die 38. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Erläuterungsbericht laut Anlage 5 zur Vorlage;
 - 1.3.2 den Bebauungsplan Nr. 310 "Seilereiweg / Fludersbach" gemäß § 10 BauGB als Satzung;
 - 1.3.3 die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 310 "Seilereiweg / Fludersbach" laut Anlage 6 zur Vorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung (Grüne)

23. HFA 13.06.2001

18. **Verkehrsentwicklungsplan (VEP) Siegen-Mitte**
 - Ergebnisbericht
 - Struktur- und Verhaltensdaten
 - Kosten-Wirksamkeits-Analyse

Vorlagennr. 1108/01 - Vorlage vom 19.03.2001

Herr Dreisbach spricht sich dafür aus, den VEP nur zur Kenntnis zu nehmen und die Entscheidung über die weitere Verfahrensweise in Zusammenhang mit der Umweltverträglichkeitsstudie für den Siegbertunnel zu entscheiden.

Herr Walter verweist auf den zu Beginn der Sitzung formulierten Antrag der F.D.P.-Fraktion und macht deutlich, dass noch zahlreiche Punkte zu klären und zu überarbeiten sind. Als Beispiel nennt er die nicht ermittelte Verkehrsbelastung nach Eröffnung der City-Galerie.

Herr Kirchhöfer ist der Meinung, dass eine Trendaussage getroffen und dem Beschlussvorschlag der Verwaltung gefolgt werden sollte.

Herr Boller bemängelt, dass die Verlagerung der Verkehrsströme nach Inbetriebnahme des HTS-Abschnittes Siegen-Mitte und Eröffnung der City-Galerie nicht gezählt, sondern nur berechnet wurde. Dies stellt für ihn keine Planungsgrundlage dar. Des Weiteren wurde das Szenario „Schließung der Durchfahrt Kölner Tor ohne Bau des Siegbertunnels“ zwar in der Arbeitsgruppe erörtert, den Ausschüssen jedoch nicht vorgelegt.

Herr Bürgermeister Stötzel stellt zunächst den Verwaltungsvorschlag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag (gem. Verwaltungsvorschlag):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Verkehrsentwicklungsplan Siegen-Mitte mit dem Szenario Ökologie als Rahmenplan.

Der Verkehrsentwicklungsplan ist die zielführende Leitlinie für die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen im Szenario Ökologie zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der Mobilitätsbedürfnisse aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer im Stadtgebiet Siegen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (4 Stimmen dafür - SPD),
0 Enthaltungen**

Beschlussvorschlag (in Abänderung des Verwaltungsvorschlages):

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Stand der Arbeiten zum Verkehrsentwicklungsplan Siegen-Mitte zur Kenntnis. Eine endgültige Entscheidung wird bis zur Beratung über die Umweltverträglichkeitsstudie Siegbertunnel zurückgestellt.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Gegenstimme), 4 Enthaltungen

23. HFA 13.06.2001

19. 6. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Stadtgebiet von Siegen vom 27.01.1981;

hier:

Erhöhung der einzelnen Gebührentarife nach § 4 der Satzung,
Einführung des EURO im Ortsrecht

Vorlagenr. 1193/01 - Vorlage vom 30.05.2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß Anlage 9 zur Vorlage die 6. Änderungs-satzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Stadtgebiet Siegen vom 27.01.1981.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

23. HFA 13.06.2001

20. Neuerlass der Friedhofssatzung der Stadt Siegen
- u. a. Einführung des EURO im Ortsrecht -

Vorlagenr. 1194/01 - Vorlage vom 30.05.2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Neuerlass der Friedhofssatzung der Stadt Siegen gemäß den Anlagen zur Vorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

23. HFA 13.06.2001

21. Wegeeinziehung in der Stadt Siegen
Absicht der Einziehung des Seilereiweges und der Erschließungsstraße zu der ehemaligen Übergangswohnanlage Fludersbach 156 bis 174

Vorlagenr. 960/01 - Vorlage vom 30.01.2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 7 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) in der Fassung der Bekanntmachung von 23. September 1995 (GV NW S. 1028/SGV NW 91) die Absicht der Einziehung des Seilereiweges (Gemarkung Siegen Flur 37 Flurstücke 1778 bis 1783 und Flur 38 Flurstück 184) sowie der Erschließungsstraße zu der ehemaligen Übergangswohn-anlage Fludersbach (Gemarkung Siegen Flur 37 Flurstücke 1770, 1771, 1773, 1774 und 1775).

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

23. HFA 13.06.2001

22. Bebauungsplan Nr. 248 „Steimel“ im Stadtteil Siegen-Obersetzen

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Ergänzung / Erweiterung des Plangebietes des Bebauungsplanes Nr. 248 „Steimel“
Aktualisierung des Aufstellungsbeschlusses vom 10.02.1999
- Abwägung des Ergebnisses der Bürgerbeteiligung
- Abwägung des Ergebnisses der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) sowie
Abstimmung mit den Nachbargemeinden
- Beschluss des Planentwurfes und seiner öffentlichen Auslegung

Vorlagenr. 1170/01 und 1170/01 A - Vorlagen vom 22.05. und 07.06.2001

Auf die Frage von Herrn Boller erklärt Herr Brune, dass die Gestaltungssatzung vor dem Satzungsbeschluss vorgelegt werden soll.

Beschlussvorschlag (mit Ergänzung gem. Vorlage Nr. 1170/01 A):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- 1.1 die im Rahmen der Bürgerbeteiligung gem § 3 (1) BauGB und der Beteiligung der Träger öffentlichen Belange gem. § 4 (1) BauGB vorgebrachten Anregungen zu dem vorliegenden Bebauungsplanentwurf Nr. 248 "Steimel" gemäß der der Vorlage als Anlage 1 beigefügten Abwägung zu behandeln; die Anlage ist Bestandteil der Beschlussfassung;
- 1.2 es wird zur Kenntnis genommen, dass die Belange der Nachbargemeinden durch den Bebauungsplan Nr. 248 "Steimel" nicht berührt werden;

- 1.3 gem. § 2 (4) BauGB den Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 248 "Steimel" vom 10.02.1999 zu aktualisieren und das Plangebiet im Süden und Westen gemäß Übersichtsplan (Anlage 3 zur Vorlage) zu erweitern;
- 1.4 gem. § 3 (2) BauGB den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 248 "Steimel" und seine öffentliche Auslegung mit Begründung (Anlagen 3 und 4 der Vorlage sowie Vorlage Nr. 1170/01 A).

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

23. HFA 13.06.2001

23. Bebauungsplan Nr. 320 „Bahnstraße / Hüttentalstraße“ im Stadtteil Geisweid;

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB

Vorlagenr. 1210/01 - Vorlage vom 05.06.2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 2 (1) BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 320 "Bahnstraße / Hüttentalstraße" im Stadtteil Geisweid.

Das Plangebiet (siehe Übersichtsplan als Anlage zur Vorlage) liegt im Stadtteil Geisweid südlich der Bahnstraße und wird begrenzt durch die aufgeständerte Hüttentalstraße und die bahnbetriebsmäßig genutzten Gleisanlagen der Deutschen Bahn.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

23. HFA 13.06.2001